

Beschluss

EUER REICHTUM KOTZT UNS AN. UMWERTEILUNG JETZT!

Gremium: LaKo
Beschlussdatum: 10.06.2023
Tagesordnungspunkt: 17. Initiativanträge

Antragstext

1 Armut führt in unserem System zum Ausschluss aus gesellschaftlichen Räumen und
2 schränkt Millionen Menschen in ihrer sozialen Teilhabe ein. Zusätzlich
3 verschlimmert die Inflation diese Situation ungemein. Die Preise auf
4 Lebensmittel sind in diesem Jahr um 17 Prozent angestiegen. Und im Vorjahr, dem
5 Vergleichsjahr, herrschte auch schon die Inflation. Diese Veränderung merken
6 alle, nicht nur die Ärmsten, jeden Tag im Portemonnaie und auf dem Konto.
7 Allerdings sind die daraus resultierenden Auswirkungen nicht für alle gleich.
8 Für immer mehr Menschen sind die Folgen dieser Inflation nicht mehr durch die
9 Verschiebung einer privaten Anschaffung oder den Verzicht auf einen Urlaub
10 abzufedern: Sie müssen zur Tafel gehen, befinden sich noch früher im Monat im
11 Dispo und können sich ein "normales" Leben nicht mehr leisten. Aber es gibt auch
12 die andere Seite: Reiche, Wohlhabende und Millionäre machen in dieser Zeit sogar
13 noch mehr Profit. Dem reichsten Prozent gehören schon jetzt 35 Prozent des
14 gesamten Nettovermögens in der Bundesrepublik (Zum Vergleich: der unteren Hälfte
15 der Bevölkerung werden gerade einmal zwei Prozent zugerechnet).

16 Zusammengefasst ist das, was wir seit über einem Jahr erleben, eine deutliche
17 und anhaltende finanzielle Schlechterstellung von Millionen Menschen in der
18 Bundesrepublik. Diese schlägt besonders in den unteren Einkommensgruppen zu
19 Buche und bei Personen, die auf staatliche Unterstützung wie BAföG, Bürgergeld
20 etc. angewiesen sind und nicht auf private Netzwerke zurückgreifen können, die
21 ihnen Geld geben.

22 Thüringen trifft diese Entwicklung besonders: Von der Erhöhung des Mindestlohnes
23 auf 12 Euro haben hier fast ein Drittel der Arbeitnehmer:innen, mancherorts
24 sogar über 40 Prozent profitiert. Das liegt an dem vergleichsweise großen
25 Niedriglohnsektor, der nach der Wiedervereinigung unter freundlicher Mithilfe
26 der CDU-Regierungen aufgebaut wurde. Die geringe Tarifbindung von 44 Prozent,
27 mit der Thüringen auf dem vorletzten Platz der Bundesländer liegt, verschlimmert
28 die aktuelle Situation der Arbeitnehmer:innen noch einmal deutlich. Von
29 erfolgreichen Tarifabschlüssen, die einen Teil der Kostensteigerungen abfedern
30 könnten, wird demnach nicht einmal die Hälfte der Beschäftigten profitieren.

31 Statt das Problem der steigenden Armut aktiv zu bekämpfen, sehen die bisherigen
32 politischen Antworten lediglich Einmalzahlungen und kurzfristige Hilfen vor.
33 Jedoch kommen diese nicht zielgerichtet bei denen an, die sie am nötigsten
34 haben. Nachhaltige Unterstützung für Arbeitnehmer:innen sucht man vergebens.
35 Stattdessen werden bereits jetzt die sprachlichen Grundlagen dafür gelegt, was
36 in den kommenden Monaten und Jahren die Agenda bestimmen soll: Bereits jetzt
37 werden stockende Steuereinnahmen herbeigeredet - ganz vorn dabei wie immer CDU

38 und FDP. Wieder soll es den sozialen Bereich treffen: Verhinderung der
39 Kindergrundsicherung, Heraufsetzen des Rentenalters und Kürzungen jeglicher
40 Demokratie- und Gegen-Rechts-Projekte. Als vornehmlicher Selbstzweck dient die
41 Schuldenbremse und die Verringerung bzw. Verhinderung von Neuverschuldungen.
42 Reaktionäre und Neoliberale wittern ihre Chance und meinen selbstgefällig: Die
43 fetten Jahre sind vorbei. Aber eben diese fetten Jahre gab es in diesem Land für
44 Millionen Menschen nie. Das zeigt, wir befinden uns bereits mitten in einem
45 gesellschaftlichen Verteilungskampf, getreu dem neoliberalen Mantra: Kürzen wir
46 den Sozialstaat zur Rettung der Wirtschaft. Dieser Erzählung erteilen wir eine
47 Absage. Wir sagen: Die fetten Jahre kommen erst noch. Für die Vielen und nicht
48 mehr nur für das Kapital!

49 Wir stellen uns gegen jeden Sozialabbau! Es braucht mehr Sozialstaat und nicht
50 weniger, damit er leisten kann, was er eigentlich jetzt schon tun müsste: Ein
51 Leben für alle ohne Existenzängste und Armut. Wir haben die neoliberale Politik
52 schon immer kritisiert und haben uns in den 2000ern auch gegen unsere eigene
53 Partei gestemmt und sollte die SPD noch einmal kippen - kämpfen wir dagegen an!
54 Wir sagen: "Nicht noch einmal, nicht mit uns!" Das Problem heißt Kapitalismus.
55 Es müssen endlich diejenigen maßgeblich an den Kosten beteiligt werden, die nur
56 durch die Ausbeutung anderer ihr Vermögen aufbauen konnten.

57 Wir sind bereit für diesen Verteilungskampf und wir werden die Stimme der
58 "Generation Krise" sein! Wir werden Verantwortung übernehmen und die Interessen
59 von Auszubildenden, Schüler:innen, Studierenden und allen jungen Menschen in die
60 Politik bringen - auch in den Thüringer Landtag! Deshalb fordern wir von der SPD
61 Thüringen einen Listenplatz unter den ersten fünf für unsere Spitzenkandidatur!

62 Die Notwendigkeit gesellschaftlicher Umverteilung und die Verteilungsfrage
63 werden wir zu einem Hauptthema im Landtagswahlkampf machen.

64 Denn euer Reichtum kotzt uns an.

Beschluss

Menschenunwürdige Zustände bei der Unterbringung von Geflüchteten beenden!

Antragsteller*in: KV Erfurt
Tagesordnungspunkt: 17. Initiativanträge

Antragstext

1 **Menschenunwürdige Zustände bei der Unterbringung von Geflüchteten beenden!**

2 Wieder einmal ist die Diskussion um Migration in vollem Gange. Rechte und
3 konservative machen Stimmung und hetzen. Sie versuchen den Leuten weiß zu
4 machen, dass Sie die Gemeinschaftsunterkunft mehr kostet, als beispielsweise die
5 Milliarden die jedes Jahr an der Erbschaftssteuer vorbeigeschuggelt werden.

6 Dieser Zustand ist nicht hinnehmbar. Menschen müssen auch wie Menschen behandelt
7 werden. Das dies überhaupt diskutiert und verteidigt werden muss verdeutlicht
8 den absolut Menschenunwürdigen Zustand dieser Debatte.

9 Ereignisse, wie das Feuer in Apolda bei dem ein junges Kind starb dürfen nicht
10 sein. Worte, die scharf genug sind, die Situation in Unterkünften zu verurteilen
11 gibt es nicht. Wir als Gesellschaft machen uns schuldig, indem wir
12 Schutzsuchende wie Kriminelle behandeln und ihnen weniger Rechte zusprechen, als
13 „Deutschen“ Mitmenschen.

14 Es braucht verpflichtende Mindeststandards für die Unterbringung von
15 Geflüchteten und damit eine grundlegende Veränderung der **ThürGUSVO** (Thüringer
16 Gemeinschaftsunterkunfts- und Sozialbetreuungsverordnung).

17 Die Jusos Thüringen fordern dahingehend:

18 **Menschenwürdiges Wohnen für alle!**

- 19 • Die dezentrale Unterbringung von Geflüchteten muss in allen Kommunen
20 möglich sein. Das Land und der Bund müssen hier die nötigen finanziellen
21 Mittel bereitstellen
- 22 • Die Mindeststandards müssen verbindlich für alle Unterkünfte jeder Art in
23 Thüringen gelten. Egal ob Gemeinschaftsunterkunft oder
24 Erstaufnahmeeinrichtung.
- 25 • Es soll mindestens mit einer Fläche von 10m² pro Person gerechnet werden.
26 Die aktuellen 6m² sind ganz klar zu wenig.
- 27 • Alleinstehende Personen sollen maximal in zweier Zimmer untergebracht
28 werden. Dabei muss Rücksicht genommen werden auf Lebensstil (z.B.
29 Schichtarbeit) und besondere Schutzbedarfe. Eine räumliche Abgrenzung, um
30 ein Mindestmaß an Privatsphäre zu ermöglichen muss gewährleistet werden.
- 31 • Familien müssen immer in einem eigenen Zimmer untergebracht werden.

- 32 • Es müssen genügend Bäder und Küchen mit allen nötigen Bestandteilen zur
33 Verfügung gestellt werden, sodass sich nie mehr als 4 Personen diese
34 teilen müssen. Familien müssen immer über ein eigenes Bad verfügen. Weiter
35 müssen sie sich die Küche mit maximal einer weiteren Familie teilen
36 müssen.
- 37 • Unterkünfte dürfen nicht in die Peripherie verbannt werden. Ein Zugang zur
38 Versorgung mit Bedarfen des täglichen Lebens muss mit dem ÖPNV
39 gewährleistet sein. Schulen, Supermärkte, Arztpraxen, Poststellen,
40 Behörden etc. müssen von der Unterkunft aus in einer für die Region
41 üblichen Zeit mit dem ÖPNV erreichbar sein.
- 42 • Unterkünfte dürfen im Regelfall eine Größe von 30 Personen nicht
43 überschreiten. Zu große Unterkünfte machen sinnvolle Sozialbetreuung durch
44 Sozialarbeiter:innen unmöglich. In Ausnahmen müssen Unterkünfte über 30
45 Menschen intern eine organisatorische Trennung in Teile mit maximal 30
46 Menschen vollzogen werden. Außerdem können sehr große Unterkünfte dafür
47 genutzt werden, große Zahlen Geflüchtete an einem bestimmten Ort
48 unterzubringen, um sie aus dem weiteren Stadtbild herauszuhalten. Das muss
49 verhindert werden.
- 50 • Es braucht einen festen Mindest-Schlüssel von Sozialarbeiter:innen mit
51 eigenem Büro in der Unterkunft. An vielen Orten haben sich Schlüssel von
52 1:100 oder sogar mehr etabliert. Wir fordern, dass solch ein Schlüssel
53 1:15 nicht überschreiten darf. Außerdem sollte dieses Büro acht Stunden am
54 Tag und fünf Tage die Woche besetzt sein, damit Bewohner:innen unabhängig
55 von Arbeitszeiten die Angebote zur Beratung nutzen können. Jedes Büro muss
56 mit einer Möglichkeit zum Videodolmetschen ausgestattet sein.
- 57 • In jeder Unterkunft muss es Gemeinschaftsräume und Kinderspielzimmer
58 geben, die für alle zugänglich und gut ausgestattet sind. Der Zugang zu
59 Sporträumen muss gewährleistet werden.
- 60 • Die Sicherheit der Unterkünfte muss immer gewährleistet sein. Die
61 Brandmeldeanlage muss genauso wie bei einem Studierendenwohnheim direkt an
62 die lokale Leitstelle angeschlossen sein.

63 **Wohnpflicht in Sammelunterkünften streichen! §49 Abs. 2 Asylgesetz nutzen!**

- 64 • Jemand der über Bekannte, Freunde, Verwandte oder auf anderem Wege die
65 Möglichkeit hat während seines Asylverfahrens privat unterzukommen, soll
66 diese Möglichkeit auch nutzen können. Dies entlastet Betroffene und
67 Unterkünfte.

68 **Wir verurteilen den Migrationspolitischen Kurs der Bundesregierung aufs** 69 **schärfste!**

70 Das Innenministerium ist nun in SPD-Hand aber Seehofers Geist lebt ganz
71 eindeutig weiter. Massenabfertigung durch Grenzverfahren und die Ausweitung der
72 Anzahl der sicheren Drittstaaten sind Ideen, die nichts mit folgendem Satz aus
73 dem Koalitionsvertrag der Ampel zu tun haben:

74 „Wir wollen die illegalen Zurückweisungen und das Leid an den Außengrenzen
75 beenden.“

76 Das Leid an den Außengrenzen wird aktuell nicht bekämpft sondern vorangetrieben.

- 77 • Wir positionieren uns ganz klar gegen die geplanten Lager an den EU-
78 Außengrenzen. Haft darf nicht die Antwort auf die Suche nach Schutz sein!
- 79 • Wir verurteilen Nancy Faeser und die Bundesregierung für ihre Zustimmung
80 im Innenminister:innenrat der EU am 8. Juni 2023 zu den Plänen der EU
81 Asylgrenzverfahren
- 82 • Wir fordern jede:n innerhalb der SPD Thüringen dazu auf sich klar gegen
83 diese Pläne zu positionieren.

Begründung

erfolgt mündlich.